

Solidarische Wirtschaftspolitik in der digitalen Transformation

Mit der weiteren Entwicklung der Digitalisierung, Roboterisierung und Künstlichen Intelligenz (KI) befinden wir uns mitten in einem grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Wandel wird neue Institutionen, Wirtschaftsstrukturen, Standorte, Arbeitsverhältnisse, Ungleichheiten, soziale Problemlagen und Machtverhältnisse hervorbringen. Die Welt verändert sich mit großer Geschwindigkeit und noch ist nicht ausgemacht, wie sich die Gewinner und Verlierer dieses technologischen Wandels räumlich, sektoral und individuell in Deutschland und auf der globalen Landkarte verteilen werden. Soweit diese Entwicklungen den vorherrschenden Markt- und Machtkräften überlassen werden, ist aber zu befürchten, dass insbesondere die weniger qualifizierten Menschen, in bestimmten Bereichen der Wirtschaft aber auch Fachkräfte zurückgelassen und die großen global aufgestellten Internetkonzerne und andere Großunternehmen den größten Teil der Produktivitätsgewinne und Monopolrenten unter sich aufteilen werden¹.

Wir wissen nicht präzise, mit welchem Tempo und in welche Richtung sich der technologische Wandel in Zukunft fortsetzen wird. Insofern besteht eine große Ungewissheit über seinen Verlauf und seine Folgewirkungen. Allein aus diesem Grund wird es entscheidend darauf ankommen, die Forschungsanstrengungen auf den Gebieten der digitalen Ökonomie, der Zukunft der Arbeit und der Technologiefolgenabschätzung zu intensivieren. Es gibt aber gute Gründe, davon auszugehen, dass die Marktkräfte alleine zu schwach sind, um die Wohlfahrt der Bevölkerungsmehrheit im digitalen Zeitalter zu gewährleisten und dafür Sorge zu tragen, dass vor allem die arbeitenden Menschen von guter Arbeit profitieren. Auch die erste industrielle Revolution im 19. Jahrhundert war auf eine grundlegende Veränderung des institutionellen Rahmen angewiesen und keineswegs alleine das Ergebnis von technologischem Wandel und freien Marktkräften. Der digitale Kapitalismus heute ist aufgrund seiner inhärenten Netzwerkeffekte und der damit verbundenen Tendenz zur Monopolbildung sowie anderer Formen des Marktversagens strukturell nicht in der Lage gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne zu generieren, die alle Gesellschaftsmitglieder besser stellen².

¹ Dieses Positionspapier verdankt wesentliche Impulse von jüngeren Aufsätzen von Joseph Stiglitz: Stiglitz, J. (2017a): The coming great transformation, in Journal of Policy Modeling, 39/2017, 625-638 (<https://www8.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/sites/jstiglitz/files/The%20Coming%20Great%20Transformation%20Final.pdf>), Korinek, A., Stiglitz, J. (2017b): Artificial Intelligence and its implications for income distribution and unemployment, Cambridge M.A., working paper 24174, www.nber.org/papers/w24174

²Ebenda

Die gegenwärtige digitale Transformation zeichnet sich durch einen Konkurrenzkampf aus, der sich gerade nicht mit „freien Marktkräften“ auf „freien Märkten“ abspielt. Charakteristisch sind vielmehr überall intensive Kooperationen zwischen nationalen (Groß-) Unternehmen und staatlichen oder staatlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen – wobei die Formen durchaus unterschiedlich sind:

In den USA wird das Innovationssystem nicht nur durch das Zusammenspiel von Eliteuniversitäten, nationalen Forschungsfördereinrichtungen und großen FuE-Laboratorien von Großkonzernen geprägt, sondern in hohem Maße auch durch Rüstung und Militär sowie Luft- und Raumfahrt. In China, Japan und Südkorea sind die engen Kooperationen zwischen Staat, Unternehmen und Wissenschaft demgegenüber nicht nur in dezidierte Industriepolitiken eingebettet; diese reichen auch über den engeren Innovationsbereich hinaus bis tief hinein in die Organisation von Nachfrage und der systematischen Implementierung der Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Im Vergleich zu diesen beiden Polen nehmen Deutschland und andere westeuropäische Staaten eher eine mittlere Position ein. Auch dort gibt es enge Kooperationsverbünde zwischen staatlichen Forschungsministerien, öffentlichen Hochschulen und Forschungsinstituten sowie den FuE-Abteilungen von (Groß-)Unternehmen. Sowohl die industriepolitischen Strategien als auch die Rolle von Rüstung und Risikokapital sind jedoch deutlich geringer ausgeprägt und damit weitaus stärker auf zivile Anwendungsfelder ausgerichtet. In der deutschen Volkswirtschaft hat sich zudem eine relativ starke industrielle Basis behauptet, wodurch sich eine strategisch eher günstige Ausgangssituation in der aktuellen Konkurrenzsituation ergibt.

In einer Situation großer Ungewissheit und ausgeprägten Machtasymmetrien im wirtschaftlichen und politischen Raum ist es die Aufgabe des Staates, eine aktive und gestaltende Rolle im ökonomischen Prozess wahrzunehmen: Da der Staat eher in der Lage ist, sich auf Unsicherheiten einzulassen und in frühen Phasen der technologischen Entwicklung zu investieren, kann er die Entwicklung neuer Produkte und die Entstehung neuer Märkte begünstigen³. Der Staat muss vor allem dort aktiv werden, wo Private sich in ihrem Investitionsverhalten in der Regel zurückhalten⁴ oder gesellschaftlich unerwünschte oder unzureichende Ergebnisse erzielt werden (z.B. FuE, Qualifikationen, Umwelt, Verteilung). Wo die Vermachtung von Märkten durch Internetkonzerne Platz gegriffen hat, ist es Aufgabe staatlicher Politik – gerade auch im europäischen Kontext – die Monopole

³ Mazzucato, M. (2011): Das Kapital des Staates – Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum, München

⁴ John M. Keynes: „Nicht das ist wichtig für den Staat, dass er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, die heute bereits von Einzelpersonen getan werden, sondern dass er Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden“, zitiert nach Mazzucato, M. (2011): Das Kapital des Staates, S. 7

aufzubrechen⁵ oder in Besitz zu nehmen⁶. In der Innovationsökonomie des 21. Jahrhundert muss der Staat eine zentrale Steuerungs- und Regulierungsfunktion übernehmen⁷.

Über die letzten 200 Jahre hat die westliche Welt mehrere große Umwälzungen erfolgreich bewältigt: von der Agrar- zur Industriegesellschaft, von der ländlichen zur urbanen Gesellschaft, von autoritär geführten zu demokratisch verfassten Regimen. Diese Transformationsprozesse sind von den verschiedenen Gesellschaften sehr unterschiedlich verarbeitet worden. In Deutschland hat sich seit der industriellen Revolution in Folge von wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen, sozialen Auseinandersetzungen und Klassenkompromissen ein spezifisches Wirtschaftsmodell etabliert, das auf einer qualifizierten Facharbeit, dualer Ausbildung, Ingenieurskunst, verbundwirtschaftlichen Strukturen, geduldigem Kapital, sozialpartnerschaftlichen Beziehungen, Mitbestimmung und sozialstaatlichen Institutionen beruht⁸. Das deutsche Wirtschaftsmodell ist im Kern keine Shareholder Value-, sondern eine Stakeholder-Ökonomie⁹. Dieses Modell hat aber in den letzten Jahrzehnten durch eine neoliberale Politik, die auf die Entfesselung der Marktkräfte und eine „Spielanordnung“ der Finanzialisierung setzte¹⁰, Risse bekommen.

Welche Antworten wir auf die mit der Digitalisierung verbundene „Großen Transformation“ geben¹¹, wird grundlegende Konsequenzen für die Art und Weise haben, wie wir in Zukunft arbeiten und leben werden. Wie bei allen großen Transformationen wird es darauf ankommen, Antworten darauf zu geben, wie die destruktiven Potenziale kapitalistischer Entwicklung eingehegt und in zivile Bahnen gelenkt werden können. Im Kern geht es darum, die zerstörerischen Potenziale in Schranken zu weisen und die produktiven und emanzipatorischen Potenziale zu heben, um sozialen Fortschritt auch unter den neuen Bedingungen der Digitalisierung zu ermöglichen

Solidarische Wirtschaftspolitik will den wirtschaftlichen Strukturwandel gestalten und den sozialen Fortschritt zur Durchsetzung verhelfen. Sie dient dazu, die unzweifelhaft vorhandenen Chancen der Digitalisierung zugunsten gesellschaftlicher Wohlfahrtsgewinne zu nutzen. Dies wird aber nur gelingen, wenn die

⁵ Andrea Nahles (2018): Solidarität im digitalen Kapitalismus (Rede) (<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/solidaritaet-im-digitalen-kapitalismus/13/06/2018/>)

⁶ Schulmeister, St. (2018): Der Weg zur Prosperität, Salzburg, S.318

⁷ Stiglitz, J. (2011): Im freien Fall – Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft, München, S. 265 ff.

⁸ Abelshauser, W. (2011): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – Von 1945 bis zur Gegenwart, Bonn, S. 38ff.

⁹ Abelshauser, W. (2002): Umbruch und Persistenz: Das deutsche Produktionsregime in historischer Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft – Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, H. 4, 2001, S. 518

¹⁰ Schulmeister, St. (2018): Der Weg..., S. 75.ff.

¹¹ Stiglitz (2017a), a.a.O.; ursprünglich: Polanyi, K. (1973): The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften, Frankfurt a.M.

Risiken der Digitalisierung minimiert und damit ein geeigneter Regulierungsrahmen gefunden wird. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck einer effizienten Allokation von Ressourcen. Effizienzgewinne müssen sich dabei an den sozialen und nicht nur an den privaten Renditen messen lassen. Marktversagen, öffentliche Güter, negative externe Effekte, Konzentrationsprozesse, Informationsasymmetrien, Ungewissheiten und Instabilitäten prägen zu einem wesentlichen Teil den real existierenden Kapitalismus und fordern daher zu staatlichen Interventionen heraus¹². Soziale Marktwirtschaft ist im sozialdemokratischen Verständnis immer auch „Mixed Economy“ und bedeutet damit eine diverse Wirtschaftsstruktur, die neben privaten Unternehmen auch öffentliche, genossenschaftliche und kommunale Unternehmen einschließt. Der Staat kann eine zentrale Verantwortung bei der Sicherung effektiver Nachfrage und makroökonomischer Stabilität spielen, er kann der Vermachtung von Märkten Grenzen setzen und er kann als Pionier ein wichtiger Treiber im Innovationsprozess sein¹³. Auch die Wirtschaftsdemokratie ist ein wichtiges Element einer solidarischen Wirtschaftspolitik. Die Mitbestimmung ist eine Chance, wenn sie bei der sozialen Gestaltung des technologischen Wandels zugunsten guter Arbeit und einer Weiterentwicklung des Produktionsmodells produktiv eingesetzt wird¹⁴.

Mit der digitalen Transformation ergibt sich die Notwendigkeit, die Konzeption einer solidarischen Wirtschaftspolitik neu auszurichten. Grundsätzlich ist diese Wirtschaftspolitik europäisch angelegt, aber in jedem Einzelfall ist zu entscheiden, welche nationalen Handlungsspielräume bestehen und ob ggf. auch eine nationalstaatliche Vorreiterrolle gefordert ist. Einer solidarischen Wirtschaftspolitik stellen sich im digitalen Zeitalter vor allem vier Herausforderungen, die es in Zukunft zu bewältigen gilt:

1. Die Perspektiven einer auf Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz basierenden wirtschaftlichen Entwicklung, die möglicherweise den seit vielen Jahren zu beobachtenden Trend sinkender Produktivitätszuwächse entgegenwirken kann¹⁵.
2. Die Herausbildung großer Internetkonzerne und die mit diesem Trend zur Monopolisierung einhergehende Gefahr der Markt- und Machtkonzentration, sowie zunehmender Ungleichheit im unternehmerischem Marktzugang, bei Einkommen und Vermögen.

¹² Joseph Stiglitz hat dazu angemerkt, dass die „unsichtbare Hand“ von Adam Smith womöglich deshalb unsichtbar ist, weil sie gar nicht existiert (Stiglitz, J. (2003): Die Roaring Nineties – Der entzauberte Boom, Berlin, S. 36)

¹³ Mariana Mazzucato (2011): Das Kapital ..., a.a.O., S. 45 ff.

¹⁴ Abelshäuser, W. (1999): Vom wirtschaftlichen Wert der Mitbestimmung: Neue Perspektiven ihrer Geschichte in Deutschland, in: Sgtreeck, W., Kluge, N. (Hg.): Mitbestimmung in Deutschland – Tradition und Effizienz, Frankfurt a.M. 1999, S. 224. f.

¹⁵ „Produktivität ist langfristig fast alles“ (Paul Krugman)

3. Die mit der Digitalisierung der Arbeitswelt verbundenen Chancen und Risiken, die unter den Dimensionen der Rationalisierung (Substituierung) und Qualität (Humanisierung, Qualifizierung, Ungleichheit und Entgrenzung) thematisiert werden.
4. Die mit den Big Data-Geschäftsmodellen der Internetkonzerne verbundenen Risiken der Durchsetzung eines geschlossenen Gesellschaftsmodells im Gegensatz zum Leitbild einer offenen Gesellschaft.

Die im Folgenden skizzierten politischen Gestaltungsansätze zeigen das gegenwärtige Spektrum der Debatte zur solidarischen Gestaltung der digitalen Transformation in den vier benannten Handlungsfeldern auf¹⁶. Gegenwärtig muss es darum gehen, dass eine wirtschaftspolitische Debatte in diesem Kontext überhaupt stattfindet und unterschiedliche Strategien und Instrumente einer solidarischen Wirtschaftspolitik unter den Gesichtspunkten der Wirksamkeitsvoraussetzungen und Folgewirkungen bewertet und priorisiert werden.

Zu 1. Die produktiven Potenziale heben

Seit Mitte der siebziger Jahre hat die deutsche Wirtschaft trotz Digitalisierung einen Rückgang des Produktivitätszuwachses zu verzeichnen (Produktivitätsparadoxon)¹⁷. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Informations- und Kommunikationstechnologie und mit ihr die Künstliche Intelligenz als Querschnittstechnologie (General Purpose Technology) über Produktivitätspotenziale verfügen, die neue Wachstumsimpulse ermöglichen können¹⁸. Diese Produktivitätszuwächse können nicht zuletzt dazu dienen, soziale Sicherungssysteme und Humandienstleistungen, die gerade nicht über größere Produktivitätspotenziale verfügen, zu finanzieren. Zu klären ist daher, welche institutionellen Rahmenbedingungen und welche wirtschaftspolitischen Instrumente geeignet sind, die Entstehung einer neuen Prosperitätskonstellation zu ermöglichen? Ansatzpunkte

¹⁶ Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben.

¹⁷ Solow, R.: „Das Computerzeitalter hat überall seine Spuren hinterlassen – außer in der Produktivität“, zitiert nach Hübner, K. (2006): Neuer Anlauf: Innovationsräume und die New Economy, Berlin, S. 68

¹⁸ Diese Einschätzung wird insbesondere von Vertretern der Theorie der säkularen Stagnation negiert (z.B. Krämer, H. (2018): Technische Revolution oder säkulare Stagnation? – Historische, technologische und strukturelle Dimensionen des Produktivitätsparadoxon, in spw 2/2018, S. 12 – 16. Eine Gegenposition formuliert z.B. Hübner, K. (2018): Produktivitätsrätsel – Einige Hypothesen, in: spw 2/2018, S. 17-22. Vgl. auch Barry Eichengreen (2014): Secular stagnation: A review of the issues, in: Teulings, C., Baldwin, R., Secular stagnation: Facts, Causes and Cures, London, S. 41 - 46). Die Kontroverse zwischen den Vertretern der Theoretiker der säkularen Stagnation und den Vertretern der Position, dass eine neue Prosperitätskonstellation unter bestimmten Voraussetzung möglich ist, wird kurzfristig nicht zu einem Abschluss führen. In diesem Zusammenhang reicht für die hier vorgeschlagene Strategie zunächst die Position, dass die digitale Transformation Wachstumsimpulse ermöglichen kann, soweit entsprechende Rahmenbedingungen im Sinne neuer institutioneller Arrangements geschaffen werden. Ob es dabei zu einer neuen Prosperitätskonstellation kommt, ist offen.

für solidarischen Wirtschaftspolitik liegen vor allem auf den folgenden Feldern:

- Um die vorhandenen Produktivitätspotenziale zu heben, ist eine expansive makroökonomische Strategie erforderlich, die die „Spielanordnung“ zugunsten einer realkapitalistischen Konstellation verändert¹⁹. Nur bei einer hinreichenden effektiven Nachfrage, die auch im Binnenmarkt wirksam wird, können die innovatorischen Impulse in Wertschöpfung umgesetzt werden. Insbesondere in Europa hat die Austeritätspolitik und die Selbstverpflichtung zu ausgeglichenen Budgets einen Deleveraging-Effekt ausgelöst²⁰. Ohne ausreichende Investitionen in den Kapitalstock einer Volkswirtschaft werden neue Technologien nicht in den Produktionsprozess gelangen. Eine Überwindung der gegenwärtigen privaten und öffentlichen Investitionsschwäche stellt daher eine notwendige Voraussetzung für ein weiteres Wachstum von Produktion und Einkommen dar. Dazu bedarf es einer Stärkung öffentlicher Investitionen, aber auch der Stärkung der privaten Nachfrage durch eine Umverteilung zugunsten der unteren und mittleren Einkommen durch eine aktive Lohn- sowie Steuer- und Abgabepolitik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik ist auf Dauer nur dann erfolgreich, wenn die Verhandlungsposition der Gewerkschaften gestärkt wird. Zur Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition müssen auch der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen Schranken gesetzt und Tarifbindungen allgemein durchgesetzt werden.
- Solidarische Wirtschaftspolitik muss an das gegebene Wirtschaftsmodell anknüpfen²¹. Dies gilt für Deutschland insbesondere für die relativ starke industrielle Basis, die industriepolitisch weiterhin zu stabilisieren ist. Aber auch einzelne Elemente des Wirtschaftsmodells gehören auf den Prüfstand. So ist in Deutschland das System der Weiterbildung, das im Zeitalter des lebensbegleitenden Lernens immer bedeutsamer wird, im internationalen Vergleich schwach entwickelt. Solidarische Wirtschaftspolitik muss daher eine grundlegende Reform des Systems der Weiterbildung durchsetzen. Wenn Bildung in Deutschland kostenfrei gestellt werden soll, dann muss auch die berufsbezogene Weiterbildung für jeden Arbeitnehmer/in kostenlos zugänglich sein. Dies schließt neue Lösungen wie das Modell Arbeitsversicherung (statt

¹⁹ Schulmeister, St. (2018): Der Weg..., a.a.O., S. 306 ff.

²⁰ Hübner, K. (2018): Produktivitätsrätsel..., a.a.O., S. 20 (deleveraging-Effekt meint eine kontraktive wirtschaftliche Entwicklung durch den Abbau von öffentlicher und/oder privater Verschuldung)

²¹ Die Neujustierung und Stärkung des deutschen Wirtschaftsmodells muss mit einer europäischen Strategie der Stabilisierung des Binnenmarktes verknüpft werden. Wie können die verschiedenen Wirtschaftsmodelle mit ihren z.T. sehr unterschiedlichen Prosperitätskonstellationen auf Dauer kompatibel gemacht werden, um hohe Außenhandelsüberschüsse zulasten der europäischen Nachbarländern in Zukunft zu vermeiden? Ohne eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und ohne expansive Investitionspolitik, die entsprechende Nachfrageimpulse auf dem europäischen Binnenmarkt ermöglichen, werden sich die gegebenen und in der Finanzkrise wieder verstärkten Disparitäten und die damit verbundenen sozialen (auch nationalen) Spannungen in Europa verschärfen. Langfristig ist auch eine Angleichung der institutionellen Arrangements zugunsten eines europäischen Prosperitätsmodells herzustellen.

Arbeitslosenversicherung) ein. Die Idee eines Chancenkontos²², ist ein erster Einstieg. Ebenso bedarf das System der Sozialpartnerschaft einer Weiterentwicklung. Sozialpartnerschaftliche Beziehungen haben in Deutschland in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen, dass der technische Fortschritt erfolgreich umgesetzt werden konnte. Wir brauchen daher auch eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG 4.0), die die Mitbestimmung auf eine breitere Grundlage stellt und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei der Einführung digitaler Technologien stärkt²³. Mitbestimmung verhindert nicht Innovationen, sondern befördert eine nachhaltige Unternehmensentwicklung²⁴. Zu den notwendigen sozialen Innovationen zählt auch der weitere Ausbau des Sozialstaats, um die anstehenden Transformationsprozesse erfolgreich zu bestehen. Der Sozialstaat ist nicht nur Resultat erfolgreicher Wertschöpfung, sondern umgekehrt auch die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg²⁵. Der Sozialstaat fungiert als eingebauter Stabilisator in wirtschaftlich instabilen Zeiten und reduziert die sozialen Risiken des technologischen Wandel. Sozialstaatliche Sicherungssysteme verhindern, dass die Angst vor Arbeitsplatzverlusten zur treibenden gesellschaftlichen Kraft wird und damit der innovatorische Wandel blockiert wird²⁶. In einer digitalisierten Arbeitswelt, in der die Grenzen zwischen Arbeitsplatz und Wohnort fließender werden, muss der Arbeitnehmerstatus eindeutig definiert und die soziale Sicherung der neuen Selbständigen durchgesetzt werden.

- Leitungsgebundene und mobile Telekommunikationsnetze sind das materielle Rückgrat der Digitalisierung. Ähnlich wie die Verkehrsinfrastruktur sind sie von zentraler Bedeutung für die Schaffung und Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Wie bei anderen Plattformen auch ist ein nicht diskriminierender Zugang die Voraussetzung für die Teilhabe an sozialen wie wirtschaftlichen Prozessen. Bau, Betrieb und Weiterentwicklung dieser Netze sollten daher als öffentliche Infrastrukturaufgabe organisiert und durchgeführt werden. Dies wird auch die Netzneutralität, die zunehmend infrage gestellt wird, sichern.

²² *Danach erhält* jeder Erwachsene ein Guthaben von bis zu 20.000 Euro, die er im Laufe seines Berufslebens für Weiterbildung (oder Unternehmensgründung) nutzen kann,

²³ Ver.di (2015): Gute Arbeit und Digitalisierung, BMAS (2017): Weißbuch „Arbeiten 4.0“

²⁴ Mitbestimmte Firmen verfügen über eine höhere Quote dualer Ausbildung, weisen eine höhere Investitionsquote aus und richten die Vergütung ihres Topmanagements eher langfristig aus. Scholz, R. (2018): Neuer Index macht die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmen zum ersten Mal vergleichbar, S. 60 ff, in: Katalpult, Nr. 8/2018;

²⁵ Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt, Derselbe (2011): Der Kurze Traum revisited, in: RegioPol 2011, H. 1+2, S. 17 ff.,

²⁶ Die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust bzw. des sozialen Abstiegs beherrscht zur Zeit weite Teile der Mittelschicht und erklärt einen wesentlichen Teil der Resonanz zugunsten rechtspopulistischer Parteien Böckler Impuls (2018): Die verunsicherte Mitte, Heft 4/2018, Betzelt, S., Bode, I. (2017): Angst im Sozialstaat, WISO direkt (FES) 38/2017

- Neue Basistechnologie allein schafft kein wirtschaftliches Wachstum. Dazu bedarf es sozialer Innovation und insbesondere neuer institutioneller Arrangements²⁷. Im digitalen Kapitalismus sind nach wie vor viele Fragen ungeklärt, was bislang gerade bei den mittelständischen Unternehmen zu Unsicherheiten und damit zur Investitionszurückhaltung führt. Hierzu zählen u.a. Datensicherheit, Normierungen, Eigentumsrechte und wettbewerbsrechtliche Probleme, die institutionell neu zu regeln sind.
- Joseph Stiglitz hat den Monopolbildungsprozess in der Internetwirtschaft als möglichen Hemmschuh für Innovationsprozesse problematisiert²⁸. Monopole tendieren dazu, innovatives Wissen zurückzuhalten und innovierende Wettbewerber aus dem Markt zu drängen bzw. aufzukaufen. Eine Wirtschaftspolitik, die die produktiven Potenziale der digitalen Transformation heben will, muss daher mit Instrumenten der Wettbewerbspolitik sowie anderen wirtschaftspolitischen Strategien den Monopolbildungsprozess der Internetkonzerne konsequent bekämpfen und vorhandene Monopole wirksam aufbrechen (siehe unten).
- Neue Arbeitsplätze werden in Zukunft vor allem in der Plattformökonomie und in den 3D-Druck-Hot Spots und Smart-Fabriken entstehen²⁹. Daher sind Start ups und KMU's, aber auch Kommunale Unternehmen und Genossenschaften, die Geschäftsmodelle der Plattformökonomie und des 3D-Ducks umsetzen, gezielt zu fördern³⁰.
- Nachhaltiges Wachstum basiert maßgeblich auf technischen und sozialen Innovationen. Private und öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Humankapital verbessern das Potential für langfristiges Produktivitätswachstum. Die erfolgreichen Produkte der amerikanischen Internetkonzerne basieren z.B. ganz entscheidend auf staatliche Vorleistungen³¹. Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, an zentralen gesellschaftlichen Bedarfen

²⁷ Wirtschaftshistorische Studien zeigen, dass auch die erste industrielle Revolution nicht nur durch den technologischen Wandel ermöglicht wurde: „Auch neuere Arbeiten über die Bedeutung des technologischen Wandels zeigen, dass dieser zwar eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für den wirtschaftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war.“ (Abelshauser, W. (2006): Von der Industriellen Revolution zur Neuen Wirtschaft – Der Paradigmenwechsel im wirtschaftlichen Weltbild der Gegenwart, in: Osterhammel, J., Langewiesche, D., Nolte, P. (2006): Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen, S.205 f.

²⁸ Stiglitz, J. (2016): Die neue Ära der Monopole, Syndicate (<https://www.project-syndicate.org/commentary/high-monopoly-profits-persist-in-markets-by-joseph-e--stiglitz-2016-05/german?barrier=accessreg>), auch Achim Wambach als Vorsitzender der Monopolkommission sieht vergleichbare Gefahren, die mit dem Konzentrationsprozess verbunden sind, vgl. Wambach, A. (2018): Begrenzt..., a.a.O.

²⁹ BMWi (2016): Grünbuch „Digitale Plattformen – Digitale Ordnungspolitik für Wachstum, Innovation, Wettbewerb und Teilhabe“, Berlin, Srnicek (2018): Plattform-Kapitalismus, Hamburg

³⁰ vgl. Jürgens, K., Hoffmann, R., Schildmann, Chr. (2017): Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Bielefeld, S.77

³¹ Mazzucato, M. (2011): Das Kapital des Staates ..., a.a.O.

ausgerichtete Projekte (Mobilität, Gesundheitswesen, Ökologische Modernisierung, Energiewende, Ressourceneffizienz etc.) anzustoßen. Projekte, die in diesem Zusammenhang die Potenziale der Digitalisierung, Robotisierung und KI einbeziehen, sind mit Priorität zu fördern.

- Innovationspolitisch sollten verstärkt die Strategien des Cross-Clusterings einbezogen werden. In der Industrie 4.0 hat die Verschmelzung von Maschinenbau, Elektrotechnik und IT zur Mechatronik ein hohes Innovationspotenzial hervorgebracht. Innovatives Wissen überträgt sich vor allem dort, wo unterschiedlichen Branchen bzw. Technologien aufeinandertreffen, die aber aufgrund ihrer gemeinsamen Wissensbasis miteinander eng verbunden sind³². Cross-Clustering erhöht daher im regionalen Strukturwandel die Chancen auf Sprunginnovationen und erleichtert damit die Ablösung von Pfadabhängigkeiten. IT als Querschnittstechnologie kann in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielen.
- Joseph Stiglitz hat die Lockerung der geistigen Eigentumsrechte (Patentrechte) zur Diskussion gestellt, um die Diffusion von Innovationen zu beschleunigen³³. Patente sichern den Inhabern temporäre Monopole und gelten daher als Anreiz für Innovationsanstrengungen. Wenn aber die in bestimmten „Winner take it all-Märkten“ erzielten Vorsprünge kumulativ ausgebaut werden (Matthäus-Effekt³⁴), muss auch das System geistiger Eigentumsrechte neu justiert werden. In diesem Zusammenhang sollten insbesondere Initiativen aus den Bereichen Open Source, Open Production und Open Innovation aktiv gefördert werden.
- Da die Entwicklung immaterieller Wirtschaftsgüter (z.B. Software) mit erheblichen Finanzierungsproblemen konfrontiert ist, sind neue Finanzierungsmodelle für diesen Wirtschaftsbereich zu gewährleisten.
- Der Staat sollte solche Innovationen fördern sollte, die die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen verbessern, gute Arbeit ermöglichen und von hohem

³² Content, J. & Frenken, K. (2016) Related variety and economic development: a literature review, *European Planning Studies*, 24:12, 2097-2112, <http://dx.doi.org/http://www.tandfonline.com/loi/ceps20>

³³ Stiglitz, J. (2017a): *The coming...*, a.a.O., S. 631, siehe auch Stiglitz, J (2017c) : Geistiges Eigentum in der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts; „Das aktuelle System zum Schutz geistigen Eigentums ist langfristig nicht aufrechterhalten. Die die „Steuerung“ des globalen Wissens betreffenden Regeln müssen sich ändern, um diese neuen Realitäten widerzuspiegeln. Ein System zum Schutz des geistigen Eigentums, das vor einem Vierteljahrhundert von den hochentwickelten Ländern auf politischen Druck einiger Branchen in diesen Ländern festgelegt wurde, ergibt in unserer heutigen Welt wenig Sinn. Die Maximierung der Gewinne einiger Weniger zu Lasten der globalen Entwicklung und des Gemeinwohls ergab schon damals wenig Sinn – außer unter dem Gesichtspunkt der Machtdynamik der damaligen Zeit.“ (<https://www.project-syndicate.org/commentary/intellectual-property-21st-century-economy-by-joseph-e--stiglitz-et-al-2017-10/german?barrier=accesspaylog> vom 17.10.2017 ?)

³⁴ Dabei geht es um ein Prinzip, bei dem aktuelle Erfolge mehr durch frühere Erfolge als durch gegenwärtige Leistungen bedingt werden. Erfolge rufen danach immer neue Erfolge hervor.

gesellschaftlichen Nutzen sind³⁵. In diesem Zusammenhang sollte staatliche Politik vor allem Humandienstleistungen ausbauen (Gesundheit, Bildung etc.), bei denen die geringsten Substituierungseffekte zu erwarten. Vor allem durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen können neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden.

- Bei der Implementierung strategischer Konzepte zur Weiterentwicklung der digitalisierten Wirtschaft bedarf es regional abgestimmter Konzepte, die mit den Akteuren vor Ort (insbesondere Institutionen der regionalen Wirtschaftsförderung) zu entwickeln sind.

zu 2.: Monopole aufbrechen

Die klassische Leitidee zum Verhältnis von Markt und Staat („So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig“) braucht eine Ergänzung um eine neue Strategie des Umgangs mit digitaler Macht³⁶. Im globalen digitalen Kapitalismus vereinigen wenige Unternehmen sowohl wirtschaftliche als auch politische Macht. Aufgrund der mit den großen Plattformen verbundenen Netzwerkeffekte gibt es eine Tendenz zu „natürlichen Monopolen“³⁷. Die Internetkonzerne verfügen zudem über große Mengen individualisierter Daten (Big Data), mit denen manipulative Zugriffe auf das Konsum- und Wahlverhalten Einzelner ermöglicht werden. Der Monopolbildungsprozess und die von den Internetkonzernen verfolgten Big Data-Geschäftsmodelle stehen immer mehr in der öffentlichen Kritik: „Die Vermachtung der Internetmärkte muss gebremst und auch reduziert werden. Die Zeit drängt. Es ist deutlich einfacher, zu verhindern, dass sich Märkte vom Wettbewerb weg entwickeln, als den Wettbewerb dort wieder neu zu entfachen, wo er bereits verschwunden ist“³⁸. Kartellrechtliche Novellierungen und konkrete Interventionen v.a. seitens der EU-Kommission waren in jüngster Zeit Gegenstand wettbewerbs- und steuerpolitischer Maßnahmen. Aber nach wie vor gibt es offene Fragen, wie die bereits weit fortgeschrittene Konzentration bekämpft werden kann (Entflechtung etc.) oder wie Big Data-Geschäftsmodelle in Zukunft zu regulieren sind³⁹. In diesem Zusammenhang werden u.a. folgende Reformansätze diskutiert:

³⁵ Attkinson, A. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart, S. 151 ff.

³⁶ Nemitz, Paul (2017): Elf Thesen zur Erneuerung der deutschen und europäischen Sozialdemokratie, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/2017, S. 48ff

³⁷ Bei einem natürlichen Monopol handelt es sich um eine Situation, in der die Gesamtkosten zur Bereitstellung eines Gutes deutlich niedriger ausfallen, wenn nur ein Unternehmen und nicht mehrere konkurrierende Unternehmen den Markt versorgen. Eine Entflechtung eines natürlichen Monopols kann vor diesem Hintergrund nicht a priori als eine effiziente Alternative gelten.

³⁸ Wambach, A. (2018): Begrenzt die Macht im Internet!, FAZ 02.09.2018

³⁹ Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU sieht eine Überprüfung des Kartellrechts vor: „Wir brauchen eine Modernisierung des Kartellrechts in Bezug auf die Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaftswelt. Wir wollen das Wettbewerbsrecht für digitale Geschäftsmodelle ergänzen“.

- Suchmaschinen und allgemeine soziale Netzwerke sind als öffentliche Infrastruktur bereitzustellen und dürfen kein Geschäftsmodell beinhalten. Ferner sollte personalisierte Werbung generell untersagt werden⁴⁰. Personalisierte Werbung hat keinen gesellschaftlichen Nutzen und ermöglicht ein extrem hohes Manipulationspotenzial⁴¹. Zu prüfen ist auch der Vorschlag, ein soziales Netz als öffentlich-rechtliche Infrastruktur bereitzustellen, das z.B. durch einen Anteil an den Rundfunkgebühren finanziert wird.
- Die progressive Daten-Sharing-Pflicht („Daten für alle - Gesetz“): Danach setzt die Pflicht zum Teilen von Daten ein, sobald ein gesetzlich zu definierender kritischer Marktanteil erreicht ist. Mit Überschreiten muss das jeweilige Unternehmen einen anonymisierten und repräsentativen Teil seiner Daten mit allen Wettbewerbern teilen⁴². Zu klären ist, ob die Marktmacht mit diesem Instrument tatsächlich gebrochen werden kann und ob dieser Vorschlag mit dem Datenschutz vereinbar ist. Zu fragen ist grundsätzlich auch, ob die Aneignung und Verwertung individueller Daten überhaupt akzeptiert werden kann.
- Verschärfung des Kartellrechts einschließlich des Rechts auf Entflechtung (vgl. Sherman Act in den USA). Das Kartellrecht kann aber nicht allein die richtigen Antworten geben, weil digitale Plattformen nicht nur das Verhältnis zwischen Anbieter und Konsument, sondern auch das Verhältnis von Bürger und Staat und Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe berühren.⁴³
- Entwicklung einer eigenständigen europäischen Lösung der Bereitstellung von Suchmaschinen und sozialen Netzwerken im Rahmen eines Europäischen Software-Konsortiums (ESK), in dem die besten IT – Unternehmen und (außer)universitären Forschungseinrichtungen vernetzt werden⁴⁴. Unterstützung der Initiative zur Realisierung eines europäischen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz.

⁴⁰ Ulrich Sendler (2018): Datenschutz und Datenrecht, 22.05.2018, <https://www.plmportal.org/de/nachrichten-detail/datenschutz-und-datenrecht.html>

⁴¹ So beurteilt auch Wolfgang Wahlster, Chef des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, die Auswertung von „Konsumentendaten für Werbezwecke“ kritisch (FAZ, 25.04.2018). Constanze Kurz vom Chaos Computer Club hält die Manipulationstechniken der Internetkonzerne im Kern für „gesellschaftsschädlich“: „Man sollte sich schlicht die Frage stellen: Warum sollen wir lernen, mit Algorithmen, die uns berechnen und unser Verhalten vorhersagen, umzugehen? Warum sollten wir sie überhaupt im Alltag dulden, wenn unsere Humandaten dafür genutzt werden, uns zu optimalen Konsumenten oder gar Wählern hinzubiegen?“ (FAZ, 30.04.2018). Eine vergleichbare Position vertritt auch Manuela Lenzen: Künstliche Intelligenz – Was sie kann und was uns erwartet, München 2018, S. 181 ff.

⁴² Nahles, A. (2018): Die Tech-Riesen des Silicon Valley gefährden den fairen Wettbewerb, Handelsblatt vom 13.08.2018, Mayer-Schönberger, V.: Ramge, Th. (2018): Die Daten gehören alle!, Gastbeitrag in der Hannoverschen Allgemeine, 14.06.2018.

⁴³ Schlüter, B.: Digitale Plattformen – Ein neues Handlungsfeld für die Daseinsverantwortung des Staates, in: WISO direkt, 09/2017, S. 2

⁴⁴ Schulmeister, St.: (2018), Der Weg..., S. 347 ff.

Zu 3. Zukunft der Arbeit

Die Frage nach der Zukunft der Arbeit unter den Bedingungen der digitalen Transformation ist in den letzten Jahren vor allem durch die Grün- und Weißbücher des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, aber auch durch viele Forschungsarbeiten und gewerkschaftliche Publikationen in Angriff genommen worden⁴⁵. Wichtige Reformansätze sind:

- Ein Kernanliegen muss die Verankerung eines veränderten Arbeits- und Betriebsbegriffs im Arbeits- und Sozialrecht sein, um den stark zunehmenden Entgrenzungstendenzen infolge der Digitalisierung gerecht zu werden. Nur so sind Arbeitnehmerrechte und sozialstaatliche Leistungen auch im Kontext der neuen Formen der Organisation von Arbeit (z.B. Crowdfunding, Gig- und Click-Working) durchzusetzen⁴⁶.
- Die Digitalisierung von Arbeit ist ein sozialer Gestaltungsprozess, der nicht allein durch die Gesetzgebung, sondern auch durch Aushandlungsprozesse zwischen den Sozialpartnern bestimmt wird. Das Mitbestimmungsrecht hat sich im Prozess der bisherigen Digitalisierung bislang durchaus bewährt, zumal mit § 87 Abs. 1 Nr. 6 des BetrVG Interventionsrechte seitens der Betriebsräte bestehen. Vor dem Hintergrund der weiteren Diffusion der Digitalisierung und die mit ihr sich ergebenden Optionen der räumlichen Entgrenzung (Globalisierung) wird es entscheidend darauf ankommen, die Arbeitnehmerrechte zu stärken und insbesondere das Instrumentarium der Mitbestimmung auszubauen (BetrVG 4.0)⁴⁷. Dies gilt insbesondere für die Durchsetzung von Betriebsräten in den Unternehmen (v.a. größere KMU), die bislang Mitbestimmungsgremien erfolgreich verhindert haben. Aber auch in Hinblick auf die betriebliche Einführung von Systemen der Künstlichen Intelligenz ist zu klären, in welchem Ausmaß zusätzliche Anpassungen des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig sind.
- Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen davon aus, dass insbesondere die Facharbeiterschaft durch die Digitalisierung von stärkeren Substituierungsprozessen betroffen sein könnte⁴⁸. Diesem Risiko ist vordringlich durch eine Reform der beruflichen Bildung begegnet, die

⁴⁵ BMAS (2017): Weißbuch „Arbeiten 4.0, auch Jürgens, K., Hoffmann, J., Schildmann, Ch. (2017): Arbeit transformieren! ..., a.a.O.

⁴⁶ Weitergehende und differenzierte Ausführungen zum Regelungsbedarf in der digitalisierten Arbeitswelt finden sich in: Krause, R. (2016): Digitalisierung der Arbeitswelt – Herausforderungen und Regelungsbedarf, Gutachten B zum 71. Deutschen Juristentag, München

⁴⁷ Wedde, P., Spoo, S. (2015): Mitbestimmung in der Digitalen Arbeitswelt, in: ver.di (2015) Gute Arbeit und Digitalisierung, S. 32 - 39

⁴⁸ Dengler, K., Matthes, B. (2018): Wenige Berufsbilder halten mit der Digitalisierung Schritt - Substituierbarkeitspotenziale von Berufen, in: IAB-Kurzbericht 4/2018

die Durchlässigkeit des Systems der Beruflichen Bildung deutlich erhöht und größere Flexibilität der Arbeitnehmer im Laufe des Erwerbslebens ermöglicht⁴⁹. Diese Reform ist mit einer Weiterbildungsoffensive zu verknüpfen, die die Anreize für die Unternehmen und Beschäftigten auf der Nachfrageseite des Weiterbildungssystems spürbar erhöht (siehe oben). Auch berufliche Weiterbildung ist Teil des gesellschaftlichen Bildungssystems und damit für Arbeitnehmer kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

- Joseph Stiglitz schlägt vor, auch eine spezielle Steuer auf den Einsatz von Roboter in gering qualifizierten Beschäftigungsbereichen in Betracht zu ziehen, um das Tempo der Roboterisierung in beschäftigungskritischen zu dämpfen⁵⁰. Zu diskutieren ist, in wie weit diese Form einer Maschinensteuer Innovationsprozesse hemmt bzw. ob eine Entschleunigung von Innovationsprozessen in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen gewünscht sein kann.
- Entwicklung und Bereitstellung spezifischer Qualifizierungsangebote für Frauen in der digitalen Arbeitswelt. Nutzung der neuen organisatorischen Flexibilitäten in Unternehmen insbesondere für die Durchsetzung von beruflichen Interessen von Frauen. Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, um zu verhindern, dass die neuen Möglichkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf zu einer Sackgasse gerade für Frauen werden.
- Arbeitsmarktexperten sind sich weitgehend einig, dass in Deutschland nicht technische Arbeitslosigkeit⁵¹, sondern die sich verschärfende Ungleichheit als zentrales Problem der fortschreitenden Digitalisierung anzusehen ist⁵². Die substituierten industriellen Arbeitsplätze werden in Zukunft vor allem durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor kompensiert, wo tendenziell geringere Lohnsätze und zum Teil auch schlechtere Arbeitsbedingungen vorherrschen⁵³. Zudem ist davon auszugehen, dass vor allem

⁴⁹ Mit der Einführung des Systems der „Offenen Hochschulen“ existiert bereits eine Struktur, die prinzipiell Durchlässigkeit ermöglicht. In weiten Bereichen der Wirtschaft werden die vorhandenen Angebote aber nicht angenommen, obwohl sie mit Fachkräftemangel und einem Trend zum Abitur und zur Akademisierung konfrontiert sind.

⁵⁰ Stiglitz, J.(2017): Coming..., a.a.O. S.631

⁵² Pfeiffer, S. Pfeiffer, S., Suphan, A. (2015): Der AV-Index. Lebendiges Arbeitsvermögen und Erfahrung als Ressourcen auf dem Weg zu Industrie 4.0, Working Paper, Hohenheim. Für die anglo-amerikanischen Länder wird das Risiko technischer Arbeitslosigkeit aufgrund der dortigen Wirtschafts-, Tätigkeits- und Qualifikationsstrukturen z.T. anders gesehen.

⁵³ Braunberger, G., (2018): „Viele der von den Babyboomern heute noch besetzten, ansehnlich bezahlten Arbeitsplätze (werden) wegfallen, handelt es sich bei einem großen Teil der heute entstehenden neuen Stellen um weniger gut bezahlte Positionen für Menschen mit niedrigerer Qualifikation, deren Arbeitsplatz weniger stark durch die Digitalisierung bedroht ist“. (FAZ 29.05.2018)

hochqualifizierte Erwerbspersonen, die über hinreichende Kompetenzen in der Entwicklung und Beherrschung der neuen technischen Systeme verfügen, überdurchschnittliche Einkommen realisieren können. Vor diesem Hintergrund plädiert Joseph Stiglitz für eine stärkere Besteuerung der durch Digitalisierung erzielten Produktivitätsgewinne, um über den Umverteilungsmechanismus die Modernisierungsverlierer kompensieren zu können⁵⁴.

- Eine neue Politik der Vermögensbeteiligung, um den von Digitalisierungsprozessen betroffenen Arbeitnehmern an den Produktivitätsgewinnen zu beteiligen und ihnen eine (zusätzliche) Einkommensperspektive zu eröffnen⁵⁵.
- Soweit es gelingen sollte, mit der Digitalisierung auch neue Produktivitätszuwächse im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zu realisieren, sollte die Arbeitszeitpolitik mit unterschiedlichen Modellen der Arbeitszeitverkürzung wieder verstärkt auf die politische Agenda rücken. Arbeitszeitpolitik ist eine überzeugende Alternative zum Konzept des „Bedingungslosen Grundeinkommens“, weil sie alle Erwerbspersonen an der Erwerbsarbeit teilhaben lässt.
- Angesichts der Herausforderungen der digitalen Transformation sollte ein umfassendes Forschungsprojekt aufgelegt werden, das als Projekt „Humanisierung der Arbeit im 21. Jahrhundert“ an die Arbeitspolitik von Hans Matthöfer innovativ anknüpfen könnte.

Zu 4. Offene Gesellschaft, Privatheit, Informationelle Selbstbestimmung und Demokratie

Grundsätzlich bestehen große Chancen, mit Hilfe von Big Data und KI zentrale gesellschaftlichen Bedarfswelder zu erschließen. Dies gilt beispielgebend für Bereiche, wie das Gesundheitssystem, innovative Mobilitätskonzepte, dezentrale Energieversorgungssysteme oder ressourcenschonende Produktionsstätten. Durch die Verfügungsmacht über große Datenmengen durch wenige Internetkonzerne und insbesondere durch deren Strategie der Systemintegration von individuellen Daten aus unterschiedlichen Big Data-Anwendungsfeldern werden

⁵⁴ Stiglitz, J. (2017a): The coming..., a.a.O

⁵⁵ „Robotization, like past technological changes, can be a very good thing, relieving the workload of humans while helping overcome the many challenges the world faces. But it could also affect humans disastrously, dividing societies between the owners of the robots on one side, and the workers who compete with the robots on the other. We should worry less about the potential displacement of human labor by robots than about how to share fairly across society the prosperity that the robots produce. If the distribution of capital remains narrow, as it is now, the main beneficiaries of robotization would be a small number of wealthy owners, while the living standards of the vast majority of workers would suffer. That would exacerbate the growth of inequality, and risk producing a new robot-age feudalism, with workers captive to a small number of overlords who own robotic technology. If, to the contrary, people shared in the ownership of the machines that replace them at work, everyone’s freedom and living standards would improve“. (Freeman, R. (2015) Who owns the robots rules the world, in: IZA World of Labor, <https://wol.iza.org/articles/who-owns-the-robots-rules-the-world/long>

aber das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Zukunft der „Offenen Gesellschaft“ massiv bedroht⁵⁶. Internetkonzerne gefährden die demokratische Substanz des Gemeinwesens.⁵⁷

Als zusätzlicher Treiber der mit dieser Entwicklung verbundenen Herausforderungen gilt die Künstliche Intelligenz, die in Verbindung mit Big Data besonders profitable Geschäftsmodelle verspricht⁵⁸. Auch auf diesem Feld besteht ein hoher Regulierungsbedarf, der aufgrund der Komplexität der KI einer intensiven gesellschaftlichen Debatte bedarf. Es geht nicht darum, die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz zu blockieren, aber durch klare Grenzsetzungen ist dafür Sorge zu tragen, dass individuelle Daten nicht veräußert bzw. transferiert werden können oder ihre Verwertung für bestimmte Geschäftsmodelle untersagt wird⁵⁹. In diesem Zusammenhang stellen sich mit der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz grundsätzliche Fragen, die nur im Rahmen einer ethischen und demokratisch-politischen Bewertung und Weichenstellung zu beantworten sind, die aber den Rahmen einer wirtschaftspolitischen Diskussion sprengen⁶⁰.

Lüneburg, 17.10.2018

Arno Brandt

Dieses Papier ist das vorläufige Ergebnis eines Diskussionsprozesses im Netzwerk NDS 3.0 unter dem Dach des Forums für Politik und Kultur e.V., Hannover

⁵⁶ Sennett, R. (2017): The stupefying smart City (<https://lsecities.net/media/objects/articles/the-stupefying-smart-city/en-gb/>), Morozov, E. (2018), Silicon Valley oder die Zukunft des digitalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2018, S. 91ff. Pasquale, F. (2018): Governance of – Rather than by – Digital Capitalism, FES WISO direkt,

⁵⁷ Steinbrück, P. (2018): „Es geht um nicht weniger als um die Verteidigung der demokratischen Substanz unseres Gemeinwesens gegenüber dem Anspruch der digitalen Supermächte, nach ihren eigenen Regeln zu spielen“ (Das Elend der Sozialdemokratie, München, S. 145)

⁵⁸ Morozov, E. (2018): Silicon Valley..., a.a.O.

⁵⁹ Das in diesem Zusammenhang immer wieder vorgetragene Argument, dass bei entsprechenden Rahmenbedingungen Umgehungstatbestände zu erwarten sind, überzeugt nicht, weil auch in anderen Fällen der Rechtsetzung rechtswidrige Handlungen möglich sind, weshalb ja auch ein Justizwesen existiert, um mögliche Gesetzesverstöße zu ahnden.

⁶⁰ Nida-Rümelin, J., Weidenfeld, N. (2018): Digitaler Humanismus – Eine Ethik für das Zeitalter der Künstlichen Intelligenz, München